

# SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5 KOLN-BAYENTHAL, den 20. Juni 1963 Bayenthalgürtel 15 Telefon: 381441

Ref.: P.B. 9/1963 HA/sch

> Herrn Bundesrat F.T. W a h l e n Chef des Eidg. Politischen Departements

B e r n

West-Ost-Konflikt - Deutschland-Problem

Herr Bundesrat,

Der stellvertretende Leiter der neuen Politischen Abteilung II, Ministerialdirigent Reinkemeyer, – zuständig für West-Ost-Konflikt, Fragen des Kommunismus, der NATO und der USA – hat meinem ersten Mitarbeiter einen kurzen "tour d'honzon" gegeben, aus dem ich hier einiges festhalten möchte. Ich füge bei, dass der Informator, der mehrere Jahre an der deutschen Botschaft in Moskau wirkte, zu den "policy-making"-Experten inbezug auf Ostpolitik gezählt wird.

## 1) Grundsätzliches

Ausgangspunkt des Gespräches waren die journalistischen Spekulationen, wonach Moskau neuerdings aussenpolitisch umzudenken beginne im Sinne gewisser Arrangements mit Washington (ich hatte Ihnen in einem früheren Bericht entsprechende Meldungen des Korrespondenten Behrens aus Moskau zur Kenntnis gebracht). Hierzu stellte der Informator folgendes eindeutig klar:

a) In der politischen Strategie der UdSSR hat sich kein Jota geändert. Der dynamische Expansionismus Moskaus bleibt weiterhin das Agens der west-östlichen Auseinandersetzung; er bestimmt das Gesetz des Handelns. Die fraglichen journalistischen Anwandlungen haben nur insofern einen Wahrheitskern, als sich in letzter Zeit die Taktik des Ostens in An-



passung an die Machtkonstellation etwas geändert hat. Angesichts des militärischen Patt zwischen den beiden Atomriesen sind dem Aggressionsdrang Moskaus Grenzen gesetzt. So hat Kuba gezeigt, dass mit der Methode der extremen Direktbedrohung und Einschüchterung nicht weiterzukommen ist.

Als wichtiges Element der West-Ost-Situation sei hervorgehoben, dass nach hiesigem Eindruck Chruschtschow keinesfalls bereit ist, das Risiko eines Atomkrieges tatsächlich auf sich zu nehmen, sofern er nicht direkt an die Wand gedrückt wird. Der einzige Punkt, in dem wahrscheinlich zwischen Washington und Moskau eine Art stillschweigendes Einverständnis vorhanden sei, bestehe somit darin, dass ein "Atomkrieg durch Zufall" unbedingt ausgeschaltet werden sollte.

Das politisch-psychologische Studium des Charakters der kommunistischen Führungsschicht in Moskau führt unweigerlich zu einer Bestätigung der These des unveränderten Wesens der Sowjetpolitik; Chruschtschow und sämtliche wichtigen Exponenten um ihn sind durch die Schule der stalinistischen Aera gegangen, was sie zu hartgesottenen, machtsüchtigen, korrumpierten Persönlichkeiten werden liess. Sie
werden sich nicht ohne Not zu Arrangements mit echten Kompromissen bereitfinden. Auch ideologisch bleiben die globalen, revolutionären Ziele der Moskauer Führer dieselben. Sie
werden auf zwei Ebenen verfolgt:

Einmal wird unter dem Motto Koexistenz Subversion betrieben, eine Methodik, die kürzlich Maderiaga in der NZZ mit "Infektion durch langsam wirkende Tuberkulose" zutreffend verglichen hat. Sodann wird, wie Laos und Kuba zeigt, versucht, durch überraschende militärische Vorstösse oder Partisanenkriege als schwach befundene Frontstellen einzudrücken.

In diesem Zusammenhang weist übrigens mein Gesprächspartner auf die von ihm und einigen Sowjetologen neuerdings adoptierte These hin, wonach die sowjetische Aussenpolitik – im Gegensatz zur Innenpolitik – in ihren Grundzügen seit Stalin nicht wesentlich modifiziert worden sei, obschon der ver-

storbene Diktator weit mehr mit Drohungen und Erpressungen gearbeitet hat. Sowohl bei ihm wie bei seinem Nachfolger sei letzten Endes die Grenzlinie der ultima ratio – abgesehen von der Fehlkalkulation Korea – sehr vorsichtig gezogen worden. Er verweist auf ein Buch des Amerikaners Marshal Shulman, Universität Harvard, der unter dem Titel "Stalins policy reapraised" diese Gedanken stichhaltig vertritt. Die russische Geschichte habe übrigens seit jeher gezeigt, dass entscheidende Aenderungen in der Aussenpolitik längere Zeit, Jahrzehnte, sogar Jahrhunderte, beanspruchen. Es sei deshalb ein Produkt illusionären Denkens anzunehmen, dass Moskau wesentliche Substanz seiner bisherigen Aussenpolitik, die auch imperialistische Züge trägt, sehr bald aufgeben werde.

Die praktische Schlussfolgerung aus dieser Grundthese ist die wache, konsequente Abwehrhaltung an jedem Frontabschnitt. Ihre psychologische Basis muss das Misstrauen sein, mit dem allen östlichen Schalmeientönen begegnet werden sollte.

- b) Auch die Gespräche zwischen Dobrynin und Rusk haben die These vom unveränderten Grundcharakter der Sowjetpolitik bestätigt. Bei der letzten Zusammenkunft, über die Bonn nachträglich orientiert worden ist, hat man in gegenseitigen Deklamationen die bereits bekannten Standpunkte vorgetragen, ohne dass die leiseste Annäherung östlicherseits zu spüren gewesen wäre.
- c) Das Novum der für den Juli anberaumten Dreier-Verhandlungen über die Atomtestfrage bringe ebenfalls kein neues Wesenselement. Das Experiment werde von Bonn, das naturgemäss auf Abrüstung Wert lege, prinzipiell begrüsst. Illusionen mache man sich jedoch keine, obwohl man anderseits auch nicht ausschliesse, dass eine begrenzte Vereinbarung im Bereich des Möglichen liegen könnte, die taktisch bedingt wäre.

## 2) Deutschlandproblem

Im Sinne des grundsätzlich Gesagten bestehen auch in der Deutschlandfrage keine Anzeichen einer östlichen Annäherung. Es geht Moskau darum, hier dem sowjetischen Expansionismus in zwei Phasen zum Durchbruch zu verhelfen.

Einmal soll die territoriale Kriegsbeute endlich völkerrechtlich sanktioniert werden. Die DDR soll vom Westen nicht nur faktisch geduldet, sondern anerkannt und für salonfähig erklärt werden, wozu nach Auffassung Moskaus im Hinblick auf die Entwicklung in England und z.B. auch in der arabischen Welt keine schlechten Chancen bestehen. In einer zweiten Phase könnte dann durch Direktkontakte zwischen den Deutschen eine Schwächung der Bundesrepublik erzielt werden. Hierzu gehört auch das Instrument des Osthandels, wofür man in Moskau den designierten Kanzlernachfolger zu gewinnen hofft. Im übrigen handelt es sich bei den veränderten Taktiken darum, dass beispielsweise Friedensvertragsdrohungen bezüglich der DDR hintangestellt werden oder dass überraschenderweise an die Viermächteverantwortung für Gesamtdeutschland erinnert wurde (in Protestnoten wegen des deutsch-französischen Vertrages). Hierzu erläutert der Gewährsmann, dieses Manöver ziele dahin, die deutschen Bemühungen um aktive Teilnahme an der multilateralen Atomstreitmacht zu vereiteln.

# 3) Berlin-Frage

In der Berlin-Frage glaubt der Gewährsmann, dass kein Anlass zu einer akuten Krise bestehe, obwohl man angesichts der östlichen Taktik nie sicher sein könne, ob nicht doch plötzlich wieder Druckmittel zur Anwendung gebracht werden. Berlin sei leider nach wie vor ein sehr geeigneter Hebel für den Osten, um den Westen unter Pression zu halten. Die Berlin-Krise müsse demnach als schwelend bezeichnet werden.

#### 4) Konflikt mit China

In diesem Zusammenhang legte der Informator Wert darauf festzustellen, dass die Spekulationen, wonach der sowjetischchinesische Konflikt auf die Behandlung der Berlinfrage entscheidenden Einfluss habe, in keiner Weise erwiesen seien. Ueberhaupt werde diese Auseinandersetzung unter westlicher Lupe überdimensioniert gesehen. Es handle sich dabei mehr um eine Art Religionsstreit sui generis, um ein Glaubensschisma, das nicht ohne weiteres Auswirkungen auf die Politik Moskaus gegenüber dem Westen zu haben brauche. Die auch in Amerika teilweise gehegte Hoffnung, dass der chinesischrussische Zwist diametrale aussenpolitische Aenderungen bewirken könne, müssen somit in den Bereich fernster Zukunftsträume verwiesen werden. Eine derartige Entwicklung sei allerdings auf Jahrzehnte hinaus nicht ganz ausgeschlossen.

### 5) Haltung der USA

Im grossen ganzen befinde sich die Führung der USA, abgesehen von gewissen Nuancen in der Beurteilung der Gefährlichkeit des Ostens, auf einer ähnlichen Linie, zumal neuerdings Experten wie Acheson und Nitze wieder mehr an Gewicht gewonnen hätten. Hervorragend habe die Friedensrede Kennedys gewirkt, deren Jargon und Ton geschickt auf die Psychologie der jüngeren Elemente in der Sowjetunion abgestimmt gewesen sei. Die Samen, die er auf diese Weise gesät hat, werden allerdings nach dem vorher Gesagten nicht momentan, sondern erst in einiger Zeit Früchte tragen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den USA gestaltet sich in letzter Zeit erfreulich; abgesehen von gewissen unter Freunden erlaubten und freundschaftlich ausgetragenen Friktionen habe sich Bonn nicht über mangelnde Rücksichtnahme durch Washington zu beklagen. Das gegenseitige Misstrauen, das gegentlich wieder aufflackere, sei im Schwinden

begriffen. Als Beispiel erwähnte der Informator, dass das von einem hohen deutschen Politiker ausgestreute Gerücht, im deutsch-französischen Vertrag seien militärische Geheimklauseln eingebaut, den Amerikanern gegenüber glaubwürdig dementiert werden konnte. Man sei in Bonn auch über die Zukunftsplanung Washingtons einigermassen orientiert. Es treffe übrigens nicht zu, dass die Idee der Internationalen Zufahrtsbehörde für Berlin neu ins Gespräch gebracht werden soll. Sie ist, da sie früher schon vom Westen auf den Verhandlungstisch gelegt wurde, gewissermassen noch pendent und man wartet noch auf eine russische Antwort.—Mit Interesse sieht man dem Besuch Kennedys entgegen, der zweifellos eine Vertiefung der Beziehungen bringen wird.

## 6) Beziehungen zu Satelliten

Die Bemühungen Bonns, mit den Satelliten-Ländern allmählich ein besseres Verhältnis anzubahnen, sollen behutsam
weitergeführt werden. Nach Polen denke man nun daran, mit
Ungarn Handelsvertretungen auszutauschen. Im Moment finden keine eigentlichen Verhandlungen statt, indessen wird auf beiden
Seiten die Angelegenheit mit einem gewissen Wohlwollen studiert. Sodann wird auch Rumänien für ein ähnliches Arrangement in Betracht gezogen.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner vorzüglichen Hochachtung.

# P.S. zu Ziff. 6)

Soeben erfahre ich aus anderer Quelle, dass deutsche Vertreter in Budapest Vorbesprechungen zur Abklärung von Verhandlungsmöglichkeiten führen.